

Rentenalter

Bundesrat will lieber Arbeitslose als Rentner

Richtigerweise verzichtet der Bundesrat in seiner Stellungnahme zum IdaFiSo2-Bericht darauf, sich auf eines der Leistungsszenarien festzulegen. Seine Erklärung bestätigt aber auch, was der SGB immer gesagt hat: Dieser Bericht hat gar nichts gebracht. Dass die erforderlichen Mehreinnahmen vor allem über die Mehrwertsteuer erhoben werden müssen, war ja auch schon vor IdaFiSo2-Bericht klar.

Flexibles Rentenalter nur für Privilegierte?

Nach dem Willen des Bundesrates dürfte die 11. AHV-Revision insgesamt zu finanziellen Einsparungen führen. Dabei will er vor allem die Witwen und die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schröpfen: Das Rentenalter will er zwar flexibilisieren, die dadurch für die AHV entstehenden Mehrkosten aber durch eine Anpassung des ordentlichen Rentenalters kompensieren. Diese Rechnung geht nicht auf: Entweder kann der Bundesrat nicht rechnen, oder er strebt eine massive Erhöhung des Rentenalters an und will den flexiblen Altersrücktritt weiterhin denjenigen vorbehalten, die ohnehin nicht darauf angewiesen sind! Solchen Plänen muss und kann mit der Annahme der gewerkschaftlichen Volksinitiative zur Beibehaltung des Frauenrentenalters 62, über die noch dieses Jahr abgestimmt wird, ein Riegel geschoben werden.

In der Arbeitslosenversicherung bemüht sich der Bundesrat immerhin, den Willen des Volkes zu respektieren, und keine massiven Sparmassnahmen auf dem Buckel der Schwächsten durchzudrücken.

Berufliche Vorsorge: Bundesrat kann sich nicht entscheiden

Auch bei der beruflichen Vorsorge vermisst man eine klare Stellungnahme des Bundesrates. Er konnte sich nicht dazu durchringen, allen Versicherten das zugute kommen zu lassen, was in guten Pensionskassen längst üblich ist: ein verbesserter Vorsorgeschutz für kleine und mittlere Einkommen - trotz dem deutlichen Votum des Nationalrates - und die Anpassung der Renten an die Teuerung. Die Leitplanken sollen offenbar von den Vernehmlassungsteilnehmern gezimmert werden.

Endlich kommt auch ein Signal zur freiwilligen AHV für Auslandschweizer. Nach monatelangem Lavieren rafft sich der Bundesrat endlich auf, dieses Sparpotential zu nutzen.

Leicht fiel dem Bundesrat nur ein Entscheid: die finanzielle Entlastung - sprich Geschenke - an die Arbeitgeber durch die Verbesserungen der EO-Leistungen!

Colette Nova.

Helvetische Typographia, 20.4.1998.
SGB >Rentenalter. Bundesrat. 20.4.1998.doc.